

2 Bildungswissenschaftliche Forschungsdiskussion

Die vorangestellten Ausführungen zeigen den Anlass auf, Erziehungs- und Bildungswissenschaften im Kontext raumtheoretischer Kategorien zu konturieren und zu fokussieren. In diesem theoriegenerierenden Abschnitt wird deshalb der Stand der Forschungsdiskussion raumbezogener Betrachtungen auf Bildungsdispositionen erläutert. Es besteht aus zwei Kapiteln und bildet die eine Grundlage für ein eigenes und neu zu entwickelndes „bildungstheoretisches Raum-Analyse-Modell“.

In Kapitel 2.1 gilt es zu klären, welche Jugendlichen von Bildungsbenachteiligungen und Selektionsprozessen mit dem Fokus auf den Übergang von der Schule in den Beruf betroffen sind. Hierbei wird in der Literatur zwischen strukturellen Selektionsmerkmalen im Rahmen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und der Ausbildungssysteme sowie individuellen soziostrukturellen Merkmalen unterschieden. Hieran schließt sich in Kapitel 2.2 der zweite Teil mit einer Diskussion um die Wirkmächtigkeit urbaner Entwicklungen an. Räumliche Muster der Entmischung und Polarisierung von Quartieren, Segmentierungen der städtischen Arbeitsmärkte sowie Kontexteffekte werden erläutert. Raumtheoretische Wirkungen entfalten sich auch in Form von Ressourcen der Bewohner in den urbanen Quartieren. Eine bedeutende Ressource stellen Sozialbeziehungen dar. Ihre urbane Konstituierung und die wechselseitige Wirkung der sozialen Praktiken auf den Stadtteil ist weiterer Gegenstand der Diskussion.

2.1 Bildungs- und berufsrelevante Selektionsmerkmale

2.1.1 *Das Ausbildungssystem*

Wird der Zugang zu einer Ausbildung als die zentrale Voraussetzung für die Integration in das Erwerbsleben betrachtet (Rademacker 2011, 2), dann stellen berufliche Übergänge für Jugendliche ein Risikopotenzial dar. Ein beachtlicher Teil junger Menschen finden keinen Zugang zum Ausbildungsmarkt, für einige Jugendliche mit den Folgerisiken von Selektion und Ausgrenzung (Memorandum 2009, 11, Matt 2005, 353). Zwischen 14% und 16% der jungen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren waren 2009 ohne beruflichen Abschluss (Bojanowski 2011, 3 mit Hinweis auf den Mikrozensus).

Gesellschaftliche Entwicklungen prägen das Ausbildungssystem als Teilsystem des Arbeitsmarktes. Es ist durchzogen von Selektionsprozessen, die zur Ausgrenzung bestimmter Gruppen von Jugendlichen vom Ausbildungsmarkt führen. Die Reduzierung des Bedarfs an Einfach Tätigkeiten und die erhöhte Nachfrage nach hoch qualifizierten Tätigkeiten und Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt (Kreher 2008, 27, Bojanowski 2011, 3) berührt auch den Ausbildungsmarkt. Das Angebot von gering qualifizierenden Ausbildungsplätzen sinkt, das nach hoch qualifizierenden steigt. Hierdurch kommt es zu einer Spaltung zwischen den Jugendlichen (Matt 2005, 356). Die steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt wirken sich auf die „Berufsausbildung (sowie die) Erwartungen der Betriebe an ihre Auszubildenden“ (Bojanowski 2011, 3) aus.

Eine erste Selektion findet bereits durch das undurchlässige Bildungssystem statt, so dass für bestimmte Bildungsabschlüsse nur das Duale System der betrieblichen Ausbildung „als dominante Ausbildungsform“ bleibt (Matt 2005, 253). Die nächste Selektionsstufe wird durch die Differenzierung derjenigen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten, in Arbeitsmarktbenachteiligte und sozial Benachteiligte, getroffen. Die einen erhalten keinen Ausbildungsplatz aufgrund der stigmatisierenden Zuweisung von persönlichen Defiziten (Matt 2005, 353), die anderen münden oftmals in außerbetriebliche Ausbildungslehrgänge.

2006 wurde ein Kriterienkatalog für die Arbeitsverwaltung erstellt, der einen Konsens zur Eignung von Jugendlichen für eine Ausbildung oder für eine bestimmte Maßnahme darstellte. (Ratschinski/Steuber 2012, 12). Jugendliche, die diese Kriterien nicht erfüllen, gelten als nicht „ausbildungsreif“ und erhalten aufgrund dieser Bewertung in der Regel keine Angebote im dualen Ausbildungssystem von den Arbeitsagenturen. Die Mängel werden zugewiesen; hierbei kann es sich um betitelte Defizite hinsichtlich der Sprache, Schulabschlüssen, von Lese-Rechtschreibschwächen, Vorstrafen, des Missbrauchs von Drogen, des Verhaltens oder der Motivation handeln (Matt 2005, 353). Wenn Betriebe Bewerber ablehnen wird das in letzter Zeit seltener mit fehlender Eignung für die angebotene Position begründet, als vielmehr mit fehlender „Ausbildungsreife“. Dies meint, dass der Bewerber nach Einschätzung der Betriebe für Berufsausbildung generell nicht geeignet ist (Ratschinski/Steuber 2012, 11). Ratschinski kritisiert den Kriterienkatalog der „Ausbildungsreife“ für die Arbeitsverwaltung und bezweifelt, dass allgemeine Aussagen über einen Jugendlichen ohne Bezug zum Tätigkeitsbereich zu sinnvollen Urteilen führen. Er empfiehlt auf das Konzept der „Ausbildungsreife“ zu verzichten und stattdessen sich auf Konzepte zu konzentrieren, die im direkten Bezug zum Ausbildungsverlauf und -erfolg stehen (Ratschinski 2012, 29).

Auch die Berufsorientierung von Jugendlichen ist durch strukturelle Wandlungsprozesse in Form von Erosionsprozessen gekennzeichnet. Die Milieus der traditionellen Industriearbeit waren geprägt durch „einen Prozess ‚sozialer Ver-

erbung‘ von Lebensentwürfen über die Generationen...” (Rademacker 2012, 229). Die Lebensentwürfe der Kinder und Jugendlichen waren weitgehend vorbestimmt. Die Menschen standen nicht vor der Herausforderung der Entwicklung beruflicher Lebensentwürfe. Heute verfügen sie nicht über diese Erfahrungen, weshalb sie in dieser Hinsicht ihre Kinder nur schwer unterstützen können (Rademacker 2011, 229).

Als einen weiteren Prozess, der von Erosion betroffen ist, ist die Auflösung der sogenannten „Normalbiographie“ zu beurteilen. Zwar orientieren sich die Arbeitsmarktpolitik sowie die Jugendlichen selber an Normalbiographien, die Realität von vielen Jugendlichen ist aber geprägt von Warteschleifen vor Ausbildungsbeginn, Zeiten der Arbeitslosigkeit, Unsicherheiten sowie nicht vorhersehbaren beruflichen Lebensläufen (Matt 2005, 359). Es kommt zu Verlängerungen von Übergangs- und Ausbildungszeiten und z.T. zu nicht gelingenden beruflichen Integrationen. Demnach wirkt sich die neoliberale Programmatik, mit ihren wesentlichen Elementen der Deregulierung und Privatisierung (Hammer 2003, 5) auch auf die beruflichen Übergänge von Jugendlichen aus. Die impliziten neoliberalen Lebensmuster erfordern Dispositionen mit hoher Eigenaktivität und umfassenden Ich-Strategien (Bojanowski 2011, 4). Die Vorstellung von Erwerbsarbeit kann nur von einem Teil der jungen Erwachsenen erreicht werden. Vor allem für jugendliche Benachteiligte kann diese geforderte Eigenaktivität, besonders wenn sie wenig institutionelle Unterstützung erhalten, zu schwer überwindbaren Hindernissen führen. Verstärkt wird diese Wirkung durch die „arbeitsmarktpolitischen Aktivierungsstrategien des „Förderns und Forderns“ (Kreher/Oehme 2005, 409). Die Jugendlichen befinden sich in prekären Übergangs- und Arbeitswelten. Im Kontext dieser strukturellen Prozesse ist auch die Verarbeitungsform der Ausgrenzungsprozesse für die von Selektionsprozessen betroffenen Jugendlichen von Bedeutung. Von dem Erkennen der Selektionsprozesse und Ungerechtigkeit oder der Interpretation als persönliche Schuld (Matt 2005, 362) hängen die Handlungsoptionen hinsichtlich der Akzeptanz oder Widerstandsformen der Jugendlichen ab. In der Regel weisen sich die Betroffenen selber die Schuld zu und fühlen sich nicht von der Gesellschaft oder dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Auch hier hat sich die neoliberale Haltung individualisiert. Mit der Übernahme der individuellen Verantwortung wird das Leistungsprinzip in das Selbstbild integriert. Dadurch, dass den Jugendlichen eingeschränkte Deutungsmuster zur Verfügung gestellt werden und diese durch Berufsberater, Lehrer etc. bekräftigt werden, wird „das Scheitern als potentielle Quelle von Konfliktverhalten neutralisiert (und ist nicht mit dem) Gefühl von Marginalisierung oder gar Ungerechtigkeit verbunden“ (Matt 2005, 363). Solange die Jugendlichen das Gefühl haben, ihr Scheitern sei „selbstproduziert, (...) entsteht kein Protest“ (ebd. 363). Wird die strukturelle Analyse und Benennung der Selektionsprozesse nicht beachtet, werden den Betroffenen individuelle De-

fizite zugewiesen, wodurch sich Ausgrenzungs- und Segmentierungsprozesse verstärken (Kreher/Oehme 2005, 406).

Exkurs: Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung

Für die betroffenen Jugendlichen hat diese Ausgrenzung Folgen für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Beruflichkeit und berufliche Integration wird für die Identitätsentwicklung Jugendlicher als zentral betrachtet (Kreher 2008, 25 mit Verweis auf Mansel und Kahlert 2007, 31). „(D)ie Jugendphase (ist) als Lern- und Vorbereitungszeit auf das System der Erwerbsarbeit ausgerichtet“ (Kreher 2008, 26). Die Ablösung von den Eltern, der Eintritt in die Gesellschaft und die Ausbildung der Identität mit Erwerbsarbeit findet im Prozess der Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt statt. Über die Erfahrungen in der Arbeitswelt stellt Erwerbsarbeit einen Identitätsfaktor hinsichtlich ihrer sozialintegrativen Funktion sowie die hiermit verbundenen „Anerkennungsqualitäten“ (ebd.) dar. Die Berufsausbildung und Erwerbsarbeit bilden „Identitäts- und Selbstdefinitionsangebote“ (Bojanowski 2005, 341 mit Hinweis auf Keupp u.a. 1999). Mit dem Hinweis auf ein Menschenbild, „in dem das Individuum als konstruktives und tätiges Wesen beschrieben wird“ sowie mit der politischen Idee einer „Ausbildung für alle“ begründet Bojanowski (2005, 341) eine Perspektive für Jugendliche auf „Tätigkeit, Arbeit oder Beruf“. Auch für die Jugendlichen selbst ist Ausbildung und Erwerbsarbeit von Bedeutung (Bojanowski 2005, 341 und 2011, 3 und Kreher 2008, 25). Trotz großer Verunsicherung hinsichtlich beruflicher Perspektiven wird soziale Integration weiterhin mit beruflicher Integration verbunden. Sozialstaatliche Versorgung anstatt Erwerbsarbeit wird als persönliches Scheitern empfunden (Kreher 2008, 26 mit Verweis auf Straus/Höfer 1998, 12). Jugendlichen, denen der Zugang zur Arbeitswelt erschwert wird, wird ein identitätsstiftender Prozess der Persönlichkeitsentwicklung verwehrt. Die Ausgrenzung von Jugendlichen aus dem Ausbildungssystem bedeutet für Jugendliche die Beeinträchtigung einer Adoleszenz adäquater Identitätsentwicklung und somit der gesamten Persönlichkeitsentwicklung.

2.1.2 Der Übergangssektor

In den „nationalen Bildungsberichten“ wird das deutsche Berufsbildungssystem in drei Sektoren untergliedert: das duale System der Berufsausbildung, das Schulberufssystem sowie das Übergangssystem, wobei das Übergangssystem oder auch der „Übergangssektor“ als dysfunktional bezeichnet werden kann, denn er vermittelt „keinen vollqualifizierenden Abschluss, sondern berufsvorbereitende individuelle Kompetenzen zur Aufnahme einer Ausbildung (...)“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, 95). Geprägt ist dieser Sektor durch

berufsvorbereitende Angebote der Arbeitsagentur sowie durch schulische Berufsvorbereitungsjahre der Länder (ebd., 98). Der Übergangssektor birgt von den drei Sektoren das größte Risiko, keinen beruflichen Einstieg zu finden mit den Folgeeffekten arbeitsmarktbedingter Selektion, Ausgrenzung und Segregation (DGfE 2009, 11). Seit 20 Jahren bleiben ca. 15% eines Altersjahrgangs ohne Ausbildung. (Rademaker 2012, 219). Diese Jugendlichen durchlaufen die Maßnahmen des Übergangssektors. 2011 wird von 300 000 Neueintritten in den Übergangssektor berichtet (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, 7) Die Sprache von einem „Übergangssystem“, suggeriert ein einheitliches System, doch „(d)ie inhaltliche Ausrichtung der Bildungsangebote wie auch ihre Träger-schaft variieren zwischen den einzelnen Maßnahmen erheblich“ (ebd., 97). Zwar ordnen die „nationalen Bildungsberichte“ den Übergangssektor dem Berufsbildungssystem zu, dennoch ist nicht geklärt, welchem administrativen System er angehört und somit bleibt auch die finanzielle Verantwortung ungeklärt (Bojanowski 2012, 65f). Weder die „Stationen“ der Übergänge, noch die Inhalte, die Zeiträume oder Abläufe sind systematisiert. Die Übergänge sind von örtlichen Bedingungen, Institutionen und deren Mitarbeitern abhängig. Auch bei der Zuordnung einzelner Interventionen im Rahmen der Sozialgesetzbücher (SGB) II und III durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter oder Programme und Maßnahmen der Länder, des Bundes oder der Europäischen Kommission bestehen Differenzen hinsichtlich ihrer systematischen Zuordnung. Wenn man diesen Bereich als einen „Lern- und Arbeitssektor(...)“, der sich zwischen Arbeitsmarkt und Bildungswesen geschoben hat“ (Bojanowski 2012, 68), bezeichnet, dann bietet sich der Begriff „Übergangssektor“ an. Auch innerhalb des Übergangssektors finden Selektionen statt.

„Seit Inkrafttreten der Hartz-Reformen sind für Arbeitslose drei unterschiedliche Einrichtungen zuständig: Arbeitsagenturen der BA, Jobcenter, die je zur Hälfte von Kommunen und der BA getragen werden, sowie rein kommunale Anlaufstellen. (...). Die meisten (Jugendlichen d. A.) könnten die Ausbildungsvermittlung der Arbeitsagenturen nutzen. Wenn allerdings ein Jugendlicher in einem Hartz-IV-Haushalt lebt, sei für ihn das Jobcenter zuständig. Er könne die Ausbildungsvermittlung nur dann in Anspruch nehmen, wenn das Jobcenter diesen Service bei der Agentur eingekauft habe“ (Alt 2013).

Maßgebend sind demnach die Rechtskreise – Sozialgesetzbücher (SGB) II und III – deren Zuständigkeiten durch den Haushalt, in denen die Jugendlichen leben, festgelegt sind: Der berufliche Status der Eltern, die Berufstätigkeit bzw. Dauer der Arbeitslosigkeit, gibt also vor, welche berufliche Unterstützungsleistung Jugendlichen in Anspruch nehmen können. Demnach bildet die soziale Herkunft ein Selektionsmerkmal beim Profitieren von staatlichen Leistungen.

Der Übergangssektor entwickelte sich kompensatorisch aufgrund eines Ungleichgewichts zwischen Ausbildungssuchenden und Ausbildungsangebot. Während der Ölkrise in der Zeit von 1970 bis 1974 reduzierte sich das Ausbildungsangebot erheblich, während gleichzeitig geburtenstarke Jahrgänge auf den Ausbildungsmarkt drängten. Obwohl die Betriebe hierauf mit einem erhöhten Ausbildungsangebot über ihren Bedarf hinaus reagierten, beginnt der schulische und außerschulische Übergangssektor zu wachsen (Bals/Koch 2012, 12 mit Verweis auf Teichler 1985, 173). Die Zahl der Ausbildungsbewerber reduzierte sich zunächst Ende der 1980er Jahre aufgrund der demografischen Entwicklungen, nahm dann aber durch demografisches Wachstum wieder zu. Die Betriebe erhöhten ihr Ausbildungsangebot dieses Mal nicht. „Die Folge ist bis 2006 bundesweit ein komplementäres Anwachsen der zentralen Bildungsgänge des Übergangssektors um mehr als 100vH und der vollqualifizierenden schulischen Berufsausbildungen um rund 85vH der Einmündungszahlen bis 1992“ (Bals/Koch 2012, 12). Es kann davon ausgegangen werden, dass der Übergangssektor die kompensatorische Funktion der Ausbildungslücken erfüllt und die „Entwicklung lokal abgeschlossene(r) Ausbildungsverträge seit Beginn des Jahrtausends immer deutlicher auf die ökonomische Konjunktur reagiert“ (Bals/Koch 2012, 13).

Trotz des proklamierten Facharbeitermangels, bleibt ein erheblicher Anteil an Jugendlichen weiterhin ohne Ausbildung. Die absolute Zahl der Neuzugänge im Berufsbildungssystem ist bedingt durch demographische Entwicklungen um fast 12% gesunken. Der absolute Rückgang ist im dualen Ausbildungssystem und im Übergangssystem zu verzeichnen. „Obwohl im Vergleich zu 2008 fast 76.000 Jugendliche weniger in das Übergangssystem einmünden, hat sich an der relativen Größe ihres Anteils an der Gesamtheit der Neuzugänge nur begrenzt etwas geändert: Er bewegt sich zwischen einem Viertel und einem Drittel der Neuzugänge“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, 102). Es wird davon ausgegangen, dass von den aktuell 300.000 Jugendlichen im Übergangssektor der Anteil von Jugendlichen mit Förderbedarf relativ zunimmt (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, 14).

2.1.3 (Sozio-)strukturelle Merkmale

Betroffen von strukturellen Wandlungsprozessen sind alle Jugendlichen, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Von sozialen Ausgrenzungsprozessen sind Jugendliche besonders gefährdet, die mit geringen Ressourcen für berufliche Bildungsprozesse ausgestattet sind (Rademacker 2011, 8). Als bedeutsame soziostrukturelle Merkmale bildungsbezogener Benachteiligungen werden die soziale Herkunft und die schulische Vorbildung, der Migrationsstatus, das Geschlecht und die Region genannt (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, 98).

und vgl. Beicht/Granato 2010), darüber hinaus als weiteres Selektionskriterium beim Übergang von der Schule in Ausbildung die Vergabepraxis von Betrieben (Beicht 2011).

2.1.3.1 Soziale Herkunft

Wie auch Ergebnisse der PISA- und IGLU Untersuchungen aufzeigen, bildet in Deutschland die „soziale Herkunft“ im Vergleich zu anderen Ländern ein sehr bedeutendes Merkmal im Kontext von Lernerfolgen. Bildungsbenachteiligung ist eng gekoppelt an Herkunftsbedingungen (Hopf 2010, 17; Solga/Dombrowski 2009, 7). Unter dem Merkmal „soziale Herkunft“ werden in der Regel Indikatoren des Bildungsstatus und des sozioökonomischen Status der Eltern subsumiert (Beicht/Granato 2010, Ditton 2010). In den ersten Analysen von PISA im Jahre 2000 „war der familiäre Hintergrund relativ pauschal durch den sozioökonomischen Status der Eltern, ihren Migrationsstatus und ihren Bildungsstatus repräsentiert“ (Hopf 2010, 215). In vertiefenden PISA-Analysen wurden diese Strukturmerkmale ergänzt durch sogenannte „Prozessmerkmale“, die Handlungspraxis von Familien indizieren (Baumert nach Hopf 2010, 2015). Sie implizieren konsumptives Verhalten, kulturelle und kommunikative Praxis in Familien. Bei Betrachtung der Lesekompetenz weisen Analysen darauf hin, dass Merkmale der kulturellen Praxis von besonderer Bedeutung sind und dieser Zusammenhang häufig unterschätzt würde (Baumert u.a. in Hopf 2010, 216). Diese Ergebnisse zeigen auf, dass es sinnvoll erscheint, innerhalb der Kategorie „soziale Herkunft“ zwischen detaillierten Merkmalen und ihren Effekten auf Bildungspositionen zu differenzieren.

Bei dem Einfluss der „sozialen Herkunft“ auf Bildungsprozesse von Jugendlichen wird in primäre und sekundäre Herkunftseffekte unterschieden. „Als primäre Herkunftseffekte wird dabei der Einfluss bezeichnet, den die Sozialschichtzugehörigkeit unmittelbar auf die Kompetenzentwicklung der Kinder bzw. Jugendlichen hat und der sich in schichtspezifischen Unterschieden in den schulischen Leistungen niederschlägt (Beicht/Granato 2010, 2 mit Hinweis auf Maaz, Baumert, Trautwein 2009). Sekundäre Herkunftseffekte umfassen schichtspezifische Bildungsentscheidungen und -aspirationen, die die Bildungskarrieren der Kinder beeinflussen (Beicht/Granato 2010, 21). Sie erklären die „nach Sozialschicht differierende subjektive Bewertung von Kosten und Nutzen alternativer Bildungsmöglichkeiten (...), auf der die Entscheidung für einen bestimmten Bildungsweg basiert“ (Beicht/Granato 2010, 2 mit Hinweis auf Becker 2009).

Die soziale Herkunft beeinflusst Bildungskompetenzen, Schulleistungen sowie schulische und berufliche Übergänge. Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus weisen schlechtere Schulleistungen auf als Kinder aus Familien mit höherem Sozialstatus (Beicht/Granato 2010, 2). Bei der Lesekompetenz ist der

Zusammenhang zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit, „Bildungsabschluss der Eltern sowie die Anzahl der im Haushalt verfügbaren Bücher von Bedeutung“ (Solga/Dombrowski 2009, 13). Stärker als in anderen Ländern werden die familiären Unterschiede bildungsrelevant und schulisch nicht kompensiert (ebd., 13f). Bei dem Übergang nach der vierten Klasse in eine weiterführende Schule ist die Wahrscheinlichkeit selbst bei gleicher Leistung für Kinder aus unteren sozialen Schichten geringer, eine Empfehlung für das Gymnasium zu bekommen (ebd., 14). Hierbei werden vor allem sekundäre Herkunftseffekte in Form von Empfehlungen der Lehrer und der Eltern wirksam (ebd., 24). Die Abhängigkeit der Schulleistungen von der Schichtzugehörigkeit erweist sich in der Sekundarstufe als höher im Vergleich zur Grundschule (ebd., 15). Folglich entwickeln sich Wirkungen im Schulsystem, die die Benachteiligungen verstärken und nicht kompensieren. Dies zeigt sich auch in der besonderen Ausprägung von der „Weitergabe von Bildungsungleichheiten in den Schulabschlüssen (und darüber die entsprechenden Lebenschancen) von den Eltern an die Kinder in Deutschland“ (ebd., 15).

Auch für die beruflichen Übergänge zeigen sich unterschiedliche Ausgangsbedingungen durch familiäre Hintergründe, die berufliche Bildungspläne prägen (Beicht/Granato 2010, 16). Dies geschieht einerseits durch die erreichte schulische Qualifikation. Ein Schulabschluss stellt keine zwingende Voraussetzung für die Einmündung in eine berufliche Ausbildung dar; dennoch hängt eine Ausbildungsstelle deutlich vom Schulabschluss ab. So erweisen sich die Bedingungen als ungünstig, „wenn maximal ein Hauptschulabschluss und schlechte Schulnoten vorliegen“ (ebd. 2010, 17). Zudem streben nicht studienberechtigende Jugendliche tendenziell eher eine betriebliche Ausbildung als ein Hochschulstudium an. Doch andererseits neigen Jugendliche aus ungünstigen sozialen Verhältnissen in ihrer Berufswahlentscheidung selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen häufiger zu einer betrieblichen Ausbildung. Dies geschieht durch den sekundären Herkunftseffekt, die unterschiedlichen Einschätzung des Nutzens der Bildungswege (ebd.). Hinsichtlich des Bildungshintergrunds gerät der Berufsabschluss der Elternteile ins Blickfeld. Verfügen beide Elternteile über eine Berufsausbildung, beeinflusst es die beruflichen Einmündungschancen positiv.

2.1.3.2 Migrationsstatus

Der Migrationsstatus bildet ein weiteres Selektionsmerkmal bezogen auf Bildungserfolge und weist vielfältige Dimensionen auf.

Kontrovers diskutiert wird, inwiefern von einem eigenständigen selektierenden Effekt des Migrationsstatus ausgegangen werden kann. Solga/Dombrowski (2009, 16) nehmen hinsichtlich der Lesekompetenz Bezug auf die IGLU-Studien 2000 und 2003 und identifizieren eine bildungsbezogenen Benachteiligung durch

das Merkmal Migrationshintergrund, die zwar unter Berücksichtigung der „sozialen Herkunft“ gegenüber denjenigen ohne Migration geringer wird, aber dennoch relevant bleibt. Hopf analysiert die PISA-Studie 2000 hinsichtlich der Lesekompetenz und erläutert, dass weniger der Migrationsstatus als vielmehr die Schichtzugehörigkeit dieses Ergebnis erklärt (Hopf 2010, 18f). „Migranten gehören häufig unteren Schichten an, und es ist nicht unbedingt ihre nationale, kulturelle oder religiöse Tradition, die zu Benachteiligungen im Bildungssystem führt, sondern der niedrige Schichtstatus“ (Hopf 2010, 19).

Selbst bei gleichem sozioökonomischem Status sind Kinder mit Migrationshintergrund „bis zu doppelt so häufig an Hauptschulen zu finden, wie Kinder ohne Migrationshintergrund“, wird auch im „nationale Bildungsbericht“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, 9) konstatiert. Im Mai und Juni 2012 machte eine Meldung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) mit einer Untersuchung von Gresch Schlagzeilen in populären Medien (vgl. Süddeutsche und FR am 27.6.2012) mit der Feststellung, dass Kinder mit Migrationshintergrund deutlich seltener gymnasiale Empfehlungen als andere erhalten. Dieser Nachteil sei vollständig auf den häufig niedrigeren „sozialen Status“ und geringere schulische Kompetenzen der Kinder zurückzuführen und nicht auf ethnische Diskriminierung (Gresch 2012). Der zweite Teil der Untersuchungsergebnisse fand weniger Beachtung in den Zeitungen: „Die Übergangsempfehlung hängt allerdings nicht ausschließlich von den schulischen Kompetenzen ab (...). Hier gibt es Gründe, anzunehmen, dass Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund unterschiedlich behandelt werden“. Dies kann beispielsweise durch unterschiedliche Zuweisungen von Fähigkeiten und Motivation, durch Beurteilungsprozesse und bewusste sowie unbewusste Erwartungseffekte erfolgen. Doch auch die Einbeziehung der für manche Kinder sprachlich schwierigen Lage wird von Lehrkräften z.T. in der Beurteilung berücksichtigt (Gresch 2012). Demnach erhalten Kinder bei gleichen faktischen Beurteilungen analoge Empfehlungen, doch werden vorher getroffene benachteiligende Bewertungen hierbei nicht ausgeschlossen. Die Ausführungen geben Hinweise darauf, dass Ergebnisse des Merkmals Migrationsstatus sowohl schichtspezifische als auch abwertende Bewertungsprozesse implizieren können.

Tatsache ist, dass das Merkmal „Migrationsstatus“ erhebliche Benachteiligungen hinsichtlich der Verteilung auf die Schularten, Schulabschlüsse, in ihrer Kompetenzentwicklung (Solga/Dombrowski 2009, 17f) sowie bei der Einmündung in die Berufsausbildung aufweist. Jugendliche im Alter von 20 bis 30 Jahren mit Migrationshintergrund verfügen mehr als doppelt so häufig mit 31% über keine Berufsausbildung im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund mit 13% (Beicht/Granato 2010, 18 und Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). „Ihre schlechtere schulische Qualifikation und ihre ungünstigere soziale Herkunft wirken sich hemmend auf ihren Übergangserfolg aus“ (ebd., 16).

Beicht (2011) differenziert neben dem Merkmal mit und ohne Migrationshintergrund zusätzlich zwischen Herkunftsregionen der Migranten. Bei der Betrachtung zwischen den Herkunftsregionen „ohne Migrationshintergrund“, „osteuropäische und GUS-Staaten“, „südeuropäische Staaten“, „Türkei und arabische Staaten“ sowie „andere Staaten“ fällt auf, dass Jugendliche aus der Türkei und arabischen Staaten hinsichtlich ihrer Einmündungschancen in Ausbildungen besonders stark von Selektionsprozessen betroffen sind. Jugendliche türkisch-arabischer Herkunft verschicken im Durchschnitt mit 53 Bewerbungen die höchste Anzahl an Bewerbungen, was auf ein hohes Maß an Aktivität schließen lässt. Bereits vor dem Vermittlungsjahr beginnen jugendliche Migranten verstärkt mit ihrer Ausbildungssuche. 3/5 der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund und die Hälfte aller Jugendlichen mit Migrationshintergrund erhalten eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch. Bei Jugendlichen aus türkisch-arabischen Regionen sind es 46%. Sie profitieren seltener von Beziehungen und erhalten während des Berufswahlprozesses weniger Unterstützung von einem Mentor. Ihre Einmündungsquote liegt bei 20%, während sie bei Jugendlichen aus Osteuropa bei 34% und aus Südeuropa bei 33% liegt (ebd., 8f). Grundsätzlich verbessert sich die Einmündungsquote, „je höher der erreichte Schulabschluss ist“ (ebd., 16). Auffällig ist, dass dies für Jugendliche türkisch-arabischer Herkunft nicht zutrifft. Ihre Einmündungsquote verbessert sich durch einen mittleren Schulabschluss statt eines Hauptschulabschlusses nicht. „Selbst wenn Jugendliche türkisch-arabischer Herkunft die (Fach)Hochschulreife vorweisen können, bleiben ihre Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz sehr gering (26%)“ (ebd., 10).

In der Regel erhöhen sich durch eine außerbetriebliche Ausbildung die Übergangsquoten vor allem bei Bewerbern mit maximal einem Hauptschulabschluss erheblich, wodurch die Aussicht der Migranten mit Hauptschulabschluss sogar höher ist, als bei einem mittleren Schulabschluss. Während bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund und bei denen aus Ost- und Südeuropa die Einmündungsquote um 13% steigt, sind es bei Jugendlichen mit türkisch-arabischem Hintergrund nur 7% (ebd., 10). „Die außerbetriebliche Ausbildung schafft demnach für junge Menschen mit Migrationshintergrund keinerlei Ausgleich für die schlechteren Chancen, die sie selbst unter den gleichen Voraussetzungen beim Zugang zu betrieblicher Ausbildung haben. Dies gilt insbesondere für junge Menschen türkisch-arabischer Herkunft“ (ebd., 13).

Weitere als bildungsrelevant erachtete Faktoren sind deutsche Sprachkenntnisse, das Zuwanderungsalter und der rechtliche Aufenthaltsstatus. Jugendliche Migranten, in deren Familien überwiegend deutsch gesprochen wird, weisen den geringsten Unterschied zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund auf (Solga/Dombroski 2009, 26). Im Kontext hierzu steht das Zuwanderungsalter: Sprachliche Kenntnisse und Zugänge zum deutschen Bildungssystem sind mit einem

jüngeren Zuwanderungsalter verbunden (ebd., 27). Söhn (2011) untersuchte Bildungschancen von Migrantenkindern hinsichtlich ihres Rechtsstatus. Vom Rechtsstatus hängen sowohl Aufenthaltsmodalitäten mit einem existenziellen Bleiberecht als auch staatliche Unterstützungs- und Integrationsleistungen, wie z.B. Hausaufgabenhilfe oder Deutschkurse (ebd., 283ff) ab.

Bei Betrachtung des familialen Migrationsverlaufs von Einwanderern fällt auf, dass türkische Minderjährige den höchsten Anteil stellen, bei denen kein Elternteil in Deutschland lebt, und bei denen mindestens ein Elternteil ungleichzeitig mit dem Kind zuwanderten. Aussiedlerjugendliche hingegen reisten mit 70% am häufigsten im gleichen Jahr wie ihre Eltern in Deutschland ein (ebd., 198f). Ein Zusammenhang zwischen dieser psychologischen Belastung und einer Bildungsbenachteiligung von türkischen Migranten liegt nahe, ist aber nicht nachgewiesen (ebd., 200). Deutlich ist, dass nicht die ethnische Herkunft, sondern Zuwanderungsverläufe und -konstellationen, die an die Migrationsgeschichte der jeweiligen ethnischen Herkunft gekoppelt sind, sich auf Bildungspositionen auswirken; die Zuwanderungsumstände von Jugendlichen aus türkisch-arabischen Gebieten weisen erschwerte Bedingungen für gute Bildungsplatzierungen auf.

Mit dem Terminus „ungleiche Lernumwelten“ wird erörtert, welche Bedeutung ethnisch segregierte städtische Räume auf Bildungserfolge haben. Hierbei werden die Merkmale des Verhaftetbleibens in der Herkunftssprache sowie eingeschränkte Kontakte diskutiert. Die Analysen erweisen sich als nicht eindeutig: Es lässt sich nicht differenzieren, ob es sich um schicht- oder migrationspezifische Effekte handelt (Solga/Domski 2009, 28f).

Mit dem Merkmal Migrationsstatus sind zahlreiche Selektionsmerkmale verbunden, dennoch lassen sich auch Ressourcen erkennen: Migranteneltern weisen oftmals hohe Bildungsaspirationen für ihre Kinder auf und streben eine möglichst hohe Schulbildung an (Beicht 2011, 4). Zudem nutzen die Jugendlichen, die über einen Hauptschulabschluss verfügen, ihre Familien und Freunde für Unterstützungsleistungen (Beicht/Granato 2010, 11).

2.1.3.3 Geschlecht

Jungen und männliche Jugendliche, insbesondere mit Migrationshintergrund, werden in den letzten Jahren zu den Bildungsverlierern gezählt. Jungen weisen durchschnittlich niedrigere Lesekompetenzen auf, zeigen schlechtere schulische Leistungen, bleiben häufiger ohne Schulabschluss, gehen seltener auf das Gymnasium und häufiger auf Förderschulen (Helbig 2013a). Bei der Diskussion um bildungsbezogene Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern muss zwischen schulischen Abschlüssen und Kompetenzerwerb differenziert werden (Solga/Dombrowski 2009, 30). Hinsichtlich schulischer Bildungserfolge weisen Jungen

schlechtere Ergebnisse auf. Doch ist dies kein neues Phänomen. Mädchen haben bereits seit sechzig Jahren die besseren Schulnoten. Dass sie heute häufiger das Abitur erlangen, liegt an veränderten Bildungsaspirationen. Bis in die 50iger und 60iger Jahre hinein galt das Abitur für Mädchen als nicht sehr erstrebenswert, was sich in den 70iger Jahren zugunsten der Mädchen änderte (Helbig 2013a, 1 und 4). „Wir haben es also ehr mit einer Erfolgsgeschichte der Mädchen in der Schule als mit einer Misserfolgsgeschichte der Jungen zu tun“ (ebd., 5). Begründungen hierfür sind in Rollenbildern und unterschiedlichen Motivationslagen zu sehen: Häufig halten Eltern ihre Söhne für intelligenter als ihre Töchter. „Mädchen kompensieren ihre angeblich geringere Intelligenz durch Anstrengung. Jungen lehnen sich dagegen zurück. Männliche Peergroups bremsen ihren Fleiß weiter. „Denn Jungen sehen Lernanstrengungen als Beweis für das Fehlen natürlicher Begabung – die sie für sich in Anspruch nehmen““ (Helbig nach Harmsen, 2013b). Zudem gleichen sich junge Männer im Verlauf ihrer Bildungsbiografie jungen Frauen an: Eine große Gruppe junger Männer holt ihren Schulabschluss nach, so dass sich Unterschiede ausgleichen (Solga/Dombroski 2009, 32). Auch hinsichtlich der Lesekompetenz sind Jungen, die gerne lesen durchschnittlich genauso kompetent wie Mädchen (ebd., 31).

Auch im Übergang von der Schule in den Beruf zeigen sich Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen. Jungen befinden sich deutlich öfter im Übergangssystem als Mädchen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, 12). „Im Vergleich zu den Frauen gestaltet sich der Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung für junge Männer deutlich schwieriger. Mit leicht steigender Tendenz liegt der Männeranteil am Übergangssystem 2006 bei über 57% (...). Die größeren Unsicherheiten der männlichen Absolventen und Abgänger zeigen sich auch darin, dass sie in allen Maßnahmetypen die Mehrheit darstellen“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, 160). Diese Verteilungsrelation bleibt auch in den Folgejahren stabil: „Männliche Jugendliche dominieren nach wie vor im dualen System (58% in 2008), junge Frauen im Schulberufssystem (72%). Die weiterhin größeren Übergangsschwierigkeiten der jungen Männer drücken sich darin aus, dass ihr Anteil am Übergangssystem auch 2008 noch deutlich höher ist als der von jungen Frauen (56% zu 44%(...))“ (ebd. 2010, 99).

Auch im „BIBB-Report“ (Beicht/Granato 2010, 17) wird resümiert, dass „(junge Frauen (...) im allgemeinbildenden Schulsystem bessere Abschlüsse (...) und Noten (haben) als junge Männer“. Gegen den Bildungsbericht wird aber konstatiert, dass selbst bei Berücksichtigung aller Ausbildungsformen „also auch (der schulischen) und (...) außerbetriebliche(n) Berufsausbildung, (...) sich die Übergangschance n junger Frauen zwar an die der Männer an(nähern), (sie) bleiben aber dennoch schlechter. Für junge Frauen, die im allgemeinbildenden Schulsystem so erfolgreich sind, beginnen also an der Schwelle zur Berufsausbildung vielfach die Probleme“ (ebd.).

Wird zusätzlich der Migrationsstatus betrachtet, zeigt es sich unter Einbeziehung aller Ausbildungsformen, der betrieblichen, außerbetrieblichen und schulischen, dass in der Reihenfolge junge deutsche Männer, gefolgt von jungen deutsche Frauen und erheblich seltener junge Frauen und Männer mit Migrationsstatus in eine Berufsausbildung einmünden (ebd., 13). Bei Betrachtung aller Ausbildungsformen gibt es zwischen jungen Frauen und Männern mit Migrationsstatus kaum Abweichungen im Hinblick auf die Erfolgchancen in eine berufliche Einmündung. Bei singulärer Betrachtung der dualen Ausbildung schneiden Migrantinnen deutlich schlechter ab als Migranten (ebd.).

Die Bemühungen von Jugendlichen, eine betriebliche Ausbildungsstelle zu bekommen, werden generell als „groß“ analysiert. Junge Frauen erweisen sich als flexibler und aktiver gegenüber jungen Männern (ebd., 11). An der „zweiten Schwelle“, dem Eintritt in die Erwerbstätigkeit, kommen auf die jungen Frauen dann weitere Nachteile in Form geringerer Verdienste und schlechterer Aufstiegsmöglichkeiten zu (ebd., 17). Die Aussagen des Bildungsberichts und der Autorinnen des BIBB-Reports, dass einerseits junge Männer im Übergangssektor zahlenmäßig überproportional vertreten sind und andererseits, dass deutlich mehr junge Männer in berufliche Ausbildung einmünden als junge Frauen, scheinen sich zu widersprechen. Eine Erklärung hierfür könnte darin liegen, dass ein Teil von jungen Frauen gänzlich aus der „produktiven Arbeitswelt“ herausfällt und weder in Ausbildung einmündet, erwerbstätig ist, noch den Übergangssektor erreicht. Hierbei könnte es sich um junge Frauen handeln, die sich in den Familienbereich zurückziehen und dort in Form von Mutterschaft, Altenpflege oder im familiären Haushalt oder Betrieb reproduktiv tätig sind.

2.1.3.4 Regionalität

Bildungsbezogene Infrastrukturen sowie Bildungskonzepte gestalten sich durch das föderalistisch geprägte Bildungssystem mit unterschiedlichen finanziellen Ressourcenausstattungen und Politiken regional different. Regionale Effekte resultieren zudem aus demographischen Veränderungen und in Folge des Bevölkerungsrückgangs ein Sinken der Anzahl an Bildungseinrichtungen, wodurch weniger Wahl- und Zugangsmöglichkeiten bestehen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, 45). Zudem bilden städtisch und ländlich geprägte Regionen sowie kleinräumig auch Stadtteile regionale Bildungsmerkmale. Ländervergleiche werden als Bildungsrankings regelmäßig veröffentlicht. In diesem Forschungsrahmen werden regionale Bildungsbedingungen für Ausbildungseinmündungen betrachtet.

Jugendliche ohne Hauptschulabschluss haben unter Betrachtung der regionalen Differenzierung nach Stadtstaaten, Flächenländer Ost sowie Flächenländer

West „ähnlich ungünstige Chancen, in eine vollqualifizierende Ausbildung zu gelangen, und münden zu mehr als drei Vierteln in das Übergangssystem ein; das verbleibende Viertel findet einen Ausbildungsplatz im dualen System, das Schulberufssystem spielt für sie keine Rolle“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, 104). Vermutlich begründet durch zeitlich unterschiedliche demographische Entwicklungen im Westen und Osten Deutschlands sowie durch die stärker schulisch ausgeprägte Ausbildungsstruktur im Osten zeigen sich hingegen deutliche regionale Unterschiede bei der Berufsstartsituation. Während in den westlichen Flächenländern über die Hälfte der jugendlichen Neuzugänge im Übergangssystem landen, sind es in den östlichen Flächenländern ca. 20 und in den Stadtstaaten zehn Prozentpunkte weniger. Jugendliche Neuzugänge mit mittlerem Abschluss gelangen in den westlichen Flächenländern zu einem Fünftel ins Übergangssystem, in den östlichen hingegen nur jeder vierzehnte. Der Anteil am Schulberufssystem im Osten liegt „über 50% höher als im Westen“ (ebd.).

Deutliche regionale Unterschiede gibt es auch im Angebot und in der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. „Regionale Besetzungsengpässe für Ausbildungsplatzangebote (treten) am ehesten in ostdeutschen Bezirken mit starker Arbeitslosigkeit und in sehr dynamischen Bezirken in Westdeutschland mit guter Arbeitsmarktlage (auf)“. Ein Ausbildungsplatzmangel bleibt vor allem „in groß- und mittelständischen Agenturbezirken Westdeutschlands“ (ebd., 109).

2.1.3.5 Betriebliche Selektionsmechanismen

Wie lässt es sich erklären, dass Jugendliche türkisch-arabischer Abstammung im Vergleich zu Jugendlichen aus anderen Herkunftsregionen nicht von günstigeren Bildungsvoraussetzungen bezogen auf beruflichen Einmündungschancen profitieren? Bei der „Frage der Einflussfaktoren auf eine erfolgreiche Einmündung in eine berufliche Ausbildung“ skizzieren Boos-Nünning/Granato (2008, 59) betriebliche Selektionsmechanismen. Demnach lassen sich unterschiedliche Zugangschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht hinreichend mit kulturell bedingten Einstellungen und Verhaltensmustern (ebd., 60) oder ihren beruflichen Strategien (ebd., 61) erklären. Ungünstige Einflussfaktoren auf Einmündungschancen von jugendlichen Migranten wie unzureichende Bildungsplanung, -orientierung oder ihren Strategien sind durch Studien widerlegt worden (ebd., 70). Bildungsvoraussetzungen stellen eine Ressource bei den Zugangschancen in eine berufliche Ausbildung dar, andere Ressourcen haben aber deutlich mehr Einfluss (ebd., 71). So ist beispielsweise der positive Effekt eines höheren Schulabschlusses auf berufliche Einmündungschancen nur bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund zu identifizieren. Beim Wettbewerb um einen Ausbildungsplatz können Jugendliche mit Migrationshintergrund keinen Vorteil

hieraus ziehen. „...(D)ie Chance eines einheimischen deutschen Jugendlichen, eine vollqualifizierende Berufsfachschule oder eine Teilzeitberufsfachschule mit Ausbildung im dualen System zu besuchen, ist selbst dann doppelt so hoch wie jene eines Jugendlichen mit Migrationshintergrund, wenn die Fachleistungen vergleichbar sind. Die Aussicht eine teilqualifizierende Berufsfachschule besuchen zu können, ist bei gleichen Fachleistungen für einheimische Deutsche immer noch anderthalbfach höher. Jugendliche mit ausländischem Pass haben über das gesamte Leistungszentrum hinweg geringere Chancen, eine vollqualifizierende Berufsfachschule oder einen Platz in der dualen Ausbildung zu erhalten“ (ebd., 64f). Unabhängig von Einflussfaktoren wie formaler Schulabschluss oder Schulnoten korreliert der Migrationshintergrund „negativ mit der Einmündungsquote in eine berufliche Ausbildung“ (ebd., 71).

In der Hamburger „Ulme“-Studie war ein Ergebnis, dass Jugendliche ohne Migrationshintergrund bei gleicher allgemeiner Fachleistung doppelt so hohe Chancen haben, in einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz zu münden. Es konnte nachgewiesen werden, dass die Benachteiligung der Migranten auf Einstellungspraktiken des dualen Ausbildungsmarkts basiert (Solga/Dombrowski 2009, 33 mit Hinweis auf die Studie ULME II).

Studien zu Selektionsmechanismen durch Betriebe identifizieren Einstellungen bei Personalverantwortlichen, die für Einmündungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ungünstig sind. So werden Bewerbern mit Migrationshintergrund negative ausbildungsrelevante Eigenschaften und störende Sozialisationsfaktoren zugeschrieben. Argumente, Jugendliche mit Migrationshintergrund zurückzuweisen, legitimieren Personalverantwortliche beispielsweise mit geringerer sozialer Einbindung in Familien oder Netzwerke oder sozialen Orientierungen wie Aussehen oder Integrationsbereitschaft (ebd., 67). Ihre Zuschreibungen beruhen oftmals nicht auf Erfahrungen, sondern zumeist auf Vermutungen durch Dritte. Risikobehaftete Merkmale werden besonders türkischen Jugendlichen, insbesondere jungen Frauen zugeschrieben. Personalverantwortliche, die eigene Erfahrungen mit der Ausbildung von ausländischen Jugendlichen gemacht haben, weisen diese Zuschreibungen nicht auf (Boos-Nünning/Granato 2008, 66). Kriterien, wie Mehrsprachigkeit und Interkulturalität, die das soziale Kapital der „Migranten-Jugendlichen“ erfassen, werden kaum berücksichtigt (ebd., 68).

Der Zugang zu Stellenausschreibungen und Kontakte bei der Stellenvergabe durch soziale Beziehungen sind oftmals von Vorteil. Zwar betonen Großbetriebe die Universalität ihrer Auswahlverfahren, doch wirkt sich diese nur in der ersten Stufe des Verfahrens aus. Bei den Bewerbern, die positiv abgeschnitten haben, werden soziale Netzwerke wirksam (ebd., 67f). Auch Kosten-Nutzen-Rechnungen von Betrieben können zu „extra-funktionalen“ Rekrutierungsmerkmalen bei Auszubildenden führen. Diese lassen sich durch formale Bildungsabschlüsse und

Screening-Verfahren der Betriebe nur unzureichend erfassen. Hierdurch gewinnen Empfehlungen an Bedeutung (ebd., 69f). „Jugendliche mit Migrationshintergrund sind selbst dann, wenn ihre Eltern in dem Betrieb arbeiten, aufgrund der ethnischen und zuwanderungsspezifischen Segregation in vielen Fällen nicht in Beziehungsnetze eingebunden“ (ebd., 70). Dies weist auf die hohe Bedeutung ausbildungsrelevanter Ressourcen durch soziale Netzwerke und geeignete soziale Beziehungen hin.

2.1.4 Resümee: Typisierung von Bildungsbenachteiligung

Ein beachtlicher Teil von Jugendlichen ist aufgrund einer fehlenden beruflichen Ausbildung bildungsbenachteiligt. Ihnen gelingt der Zugang in eine berufliche Ausbildung zeitlich verzögert und z.T. gar nicht. Ursachen hierfür rekonstruieren sich im Kontext struktureller Wandlungsprozesse durch die Nachfrage nach Hochqualifizierten, der Ausbildungssysteme, in denen der Übergangssektor keinen qualifizierenden beruflichen Abschluss vorhält und Jugendliche innerhalb dieses Sektors nach Rechtskreisen selektiert werden sowie im Kontext soziostruktureller Merkmale.

Jugendliche sind demzufolge besonders von beruflicher Bildungsbenachteiligung gefährdet, wenn sie dem Rechtskreis des SGB II angehören, ihre soziale Herkunft geprägt ist von einem niedrigen sozioökonomischen Status und einem niedrigen Bildungsstatus verbunden mit niedriger schulischer Vorbildung, sie ethnisch eine türkische oder arabische Herkunft aufweisen und sie in sozial segregierten Gebieten mit geringer Ausbildungsnachfrage wohnen. Auch das Geschlecht bildet für junge Frauen im Hinblick auf Zugänge zum dualen Ausbildungssystem eine Benachteiligung; bei Betrachtung aller Ausbildungssysteme, auch des schulischen und außerbetrieblichen holen junge Frauen auf, kommen aber dennoch nicht an die männlichen Jugendliche heran. Eine Erklärung dafür, dass männliche Jugendliche dennoch im Übergangssektor überwiegen, könnte sein, dass ein Teil der jungen Frauen aus allen drei Systemen herausfallen.

Bei betrieblicher Ausbildungseinmündung erhalten die Selektionsmerkmale zusätzlich Wirkmächtigkeit durch die Einstellungspraktiken der Betriebe. Die benachteiligenden Praktiken bestehen einerseits in der negativen Zuschreibung von Eigenschaften und störenden Sozialisationsfaktoren von Jugendlichen; andererseits in der Einstellungspraktik, Empfehlungen eine hohe Bedeutung zuzumessen, so dass Jugendliche mit wenig Kontakten und ungünstigen Netzwerken weniger Einmündungschancen haben. Bei der Differenzierung zwischen ethnischer Herkunft weisen Jugendliche türkisch-arabischer Herkunft die stärksten Benachteiligungen bezogen auf ihre beruflichen Einmündungschancen in Ausbildung auf. Hieraus könnte geschlossen werden, dass sie besonders von negati-

ven Zuschreibungen betroffen sind bzw. ihnen geeignete Kontakte und Netzwerke fehlen.

Der Hinweis auf Selektion von Betrieben durch Zuschreibungen potentiell störender Sozialisationsmerkmale lässt zudem den Gedanken zu, dass hierdurch auch Images von Stadtteilen und Wohngebieten Wirkmächtigkeit auf berufliche Zugangschancen erlangen. Dies bildet einen Erklärungsansatz von Wirkungen segregierter Stadtviertel auf berufliche Einmündungschancen.

In dieser Forschungsarbeit wird das Merkmal Migrationsstatus nicht als Ergebnis ethnischer Traditionen betrachtet, sondern durch die mit der Herkunft(sgeschichte) verbundenen jeweiligen Merkmale. Der Migrationsstatus wird als eine Konstruktion aus einer Vielzahl von Merkmalen aufgefasst, die sich aus der Zuwanderungsgeschichte, ihren Gründen und ihrem Verlauf konstituiert. Hierzu zählen zeit-räumliche, geschlechtliche, bildungsbezogene, sozialökonomische, rechtliche und familiäre Merkmale und Praktiken der Herkunftsgruppe sowie Praktiken derer des Aufnahmelandes. Das Merkmal Migrationsstatus umfasst also bei Betrachtung von Bildungspositionen eine Vielzahl von Aspekten, die in ihrem gesamten sozialen Kontext analysiert werden müssen. Die Kennziffern des Sanierungsgebiets Stöcken (vgl. 3) geben Hinweise darauf, dass es sich bei den Bewohnern um eine Kumulation ungünstiger bildungs- und berufsrelevanter Merkmale handelt.

Wurden im letzten Kapitel Merkmale von Bildungsbenachteiligungen diskutiert, werden im folgenden Abschnitt urbane Entwicklungen und soziale Wirkungsprozesse fokussiert.

2.2 Urbane Ausgrenzungsprozesse und Ressourcen

2.2.1 Entwicklungen der Stadtsoziologie und des Städtischen ab dem 19. Jahrhundert

Der Stadt wird bei dem Phänomen der wachsenden sozialen Ungleichheit ein besonderer Stellenwert zugeordnet (Keller/Ruhne 2011, 11). Der Bedeutungszuwachs der Städte zeigt sich zum einen an Forschungsinteressen aber auch in ihrer Bedeutung als Ort des Wohnens und Arbeitens. Es wird von der „Renaissance der Stadt“ (Läpple et al. 2010, 9; Häußermann et al. 2008, 16 und 362f) und von „Reurbanisierung“ (Häußermann et al. 2008, 16ff) gesprochen.

Der Beginn der Stadtsoziologie und raumbezogener Analysen ist auf die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts mit den Forschungen der „Chicago School“ zu datieren. Die Wissenschaftler der Chicago School waren zwar nicht die ersten, die über die Lebensbedingungen, in den durch die Industrialisierung stetig wachsenden Städten forschten, jedoch waren sie die ersten, die Modelle und spezielle

Methoden für Entwicklungsmuster moderner Städte schafften (Riege/Schubert 2005, 11). Sie gingen davon aus, dass sich Städte kleinräumig auf Quartiersebene zusammensetzen und aus Teilräumen mit „segregierten, räumlich ausdifferenzierten Klassen, Szenen oder Milieus besteh(en), die gleichzeitig immer auch miteinander verbunden sind“ (Keller/Ruhne 2011, 17). Eine Erweiterung erfuhr dieser Ansatz durch die Analyse des Lebensalltages innerhalb dieser Teilräume. Soziale Ungleichheiten werden unter dem Aspekt des sozialen Wandels betrachtet und Machtstrukturen innerhalb des städtischen Raums analysiert. Der Forschungsansatz der Chicago School beinhaltet eine Perspektive auf das Verhältnis zwischen sozialen und räumlichen Strukturen (Riege/Schubert 2005, 12). In der Weiterentwicklung ihres Ansatzes wurde das Konzept der Sozialraumanalyse erarbeitet. Unter dem Begriff der „Humanökologie“ flossen diese Ansätze ab den 40er und 50er Jahren auch in die empirische Sozialforschung in Europa ein. Erst ab den 60er Jahren etablierten sie sich unter der Bezeichnung „Sozialökologie“ auch in Deutschland (Riege/Schubert 2005, 14 und Keller/Ruhne 2011, 9). Eine Begründung für diese späte Etablierung der Raumforschung in Deutschland in der Nachkriegszeit wird in der „pervertierte(n) Expansionspolitik“ des Nationalsozialismus angenommen (Dünne und Günzel in Böhme 2009, 15). Heute bildet „die Stadt“ einen eigenständigen Forschungsgegenstand, der jedoch nicht eindeutig definiert ist und verschiedene Forschungsbereiche umfasst. Im Mittelpunkt heutiger Forschungen stehen vor allem kulturelle und sozialstrukturelle Analysen (Keller/Ruhne 2011, 13).

Unterschiedliche Positionen werden hinsichtlich der Frage nach einer kategorialen Differenzierung zwischen „Stadt und Land“ vertreten. Auf der einen Seite wird argumentiert, dass sich die städtischen und ländlichen Produktionsweisen nicht mehr unterscheiden. 70% der Bevölkerung leben in der Stadt und somit „ist die Untersuchung der Stadt eine Untersuchung der modernen Gesellschaft“ (Sainders nach Keller/Ruhne 2011, 8). Die andere Position geht von einem Fortbestehen der Stadt-Landunterschiede aus (Bourdieu, Otte nach Keller/Ruhne 2011, 13). „Zwischen Stadt und Land zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Bevölkerungsdichte, beim Wanderungssaldo, beim Ausländeranteil und bei der Sozialhilfedichte“ (Häußermann et al. 2008, 39). Auf dem Land handele es sich um eine relativ homogene Bevölkerungsstruktur, während in der Stadt „zwanzig Mal mehr Menschen auf gleicher Fläche (wohnen), die Sozialhilfedichte ist mehr als zwei Mal, der Ausländeranteil dreimal so hoch – und in den Schulen sogar viermal. Auch unter den Arbeitslosen ist der Ausländeranteil viermal so hoch wie auf dem Land“ (ebd.). Hierfür werden verschiedene Ursachen angegeben: die höhere Wahrscheinlichkeit von Vernetzung auf dem Land und innerhalb der Familien; die größere Hürde auf dem Land Transferleistungen zu beantragen aufgrund der Angst vor Stigmatisierungen sowie die Abwanderung bedürftiger Menschen in die eher anonyme Stadt (ebd., 39f).

Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte eine Phase der industriellen Urbanisierung, d.h. Industrialisierung und Verstädterung durch Binnenwanderung und Bevölkerungswachstum (ebd., 13). Die Städte dehnten sich im Laufe der Geschichte weiterhin aus und veränderten ihre Form. „Die Phase des (...) Wachstums der Städte endete in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts“ (ebd., 15). Die Deindustrialisierung der Städte führte zu widersprüchlich und sich überlagernden Prozessen der „großräumigen Verstädterung“ und „kleinräumigen Dekonzentration“ (Häußermann et al. 2008, 14 und Läßle et al. 2010, 9). Angesichts des Wohlstandes und verstärkter Mobilisierung konnten es sich Haushalte leisten, der Dichte der Stadt zu entfliehen und sich im städtischen Umland anzusiedeln. Parallel zu dieser „Suburbanisierung“ war es immer weniger notwendig die Fabriken in den Städten anzusiedeln. „Durch die Entwicklung neuer Verkehrs-, Kommunikations- und Versorgungsnetzwerke wurden die besonderen Vorteile der zentralen Stadt unterminiert“ (Häußermann et al. 2008, 14f) und die Regionen nahmen an Bedeutung zu.

Die aktuellen Prozesse der Stadtentwicklung sind geprägt von parallel verlaufenden Reurbanisierungs- sowie Suburbanisierungsprozessen (Läßle et al. 2010, 9). Stagnation und Schrumpfung der Bevölkerungszahlen bestimmen die Zukunft der Städte. Dennoch muss Bevölkerungsrückgang nicht gleichzeitig mit einem Bedeutungsverlust der Städte einhergehen (Häußermann et al. 2008, 15ff). Im Gegenteil können sie auch einen Bedeutungsgewinn erlangen: Innerhalb der Städte kann das Angebot an Gütern und Dienstleistungen attraktiver und konzentrierter vorgehalten werden. Durch den ökonomischen Strukturwandel⁷ mit seinem Rückgang an industriellen Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Herausbildung einer neuen Wissensökonomie erhalten die Städte eine neue ökonomische Grundlage (ebd., 16). Mit Reurbanisierung ist weder die Rückkehr ehemaliger städtischer Strukturen gemeint, noch eine Überwindung der „Krise der Stadt“, sondern ein Bedeutungsgewinn verbunden mit neuen städtischen „Arbeits- und Lebensformen sowie neuen Governance- und Politikformen im stadtreionalen Kontext“ (ebd., 17).

7 Der Strukturwandel ist darüber hinaus gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Einzelentwicklungen: dem globalisierten Standortwettbewerb, der zu starken wirtschaftlichen Gefällen führt; ein Strukturwandel im Beschäftigungssystem, in dem das Normalarbeitsverhältnis zurückgeht, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie Löhne, die sich nach unten ausdifferenzieren; dem Bedeutungsverlust des klassischen Familienmodells sowie der Sozialmilieus; Überlagerungen von Entwicklungen durch unterschiedliche demographische Trends in verschiedenen Regionen sowie durch ethnische Pluralisierung der Gesellschaft (Hanesch 2011, 8f).

2.2.2 „Entmischung“ der Stadtteile und urbane Kontexteffekte

Insgesamt werden die Städte heterogener. Dies betrifft insbesondere Einkommensunterschiede, die Ethnien sowie die Lebensstile und Milieus (Häußermann et al. 2008, 182f). Doch die Stadtteile unterliegen Entmischungsprozessen und werden homogener. Nach Girgert (2011) werden als Ursachen hierfür der Wandel des Arbeitsmarktes, die Verringerung von wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften sowie die Wohnungsmarktpolitik angeführt. In der Frankfurter Rundschau ist zu lesen: „In den Städten steigt die Zahl der Armen, die sich mit Sozialleistungen oder schlecht bezahlten Jobs mühsam über Wasser halten, während gleichzeitig die Einkommen, der Reichen trotz Finanz- und Wirtschaftskrise weiter zugelegt haben. (...) Wie in englischen und französischen Städten seit langem zu beobachten, nimmt auch in deutschen Großstädten die Konzentration von Armen, Arbeitslosen und Zuwanderern in einzelnen Quartieren zu“ (Girgert 2011, 34). „In den Stadtteilen, wo die meisten ‚Ausländer‘ leben, leben auch die meisten armen ‚Inländer‘, und dort gibt es mittlerweile auch die meisten Kinder“ (Stromeier, Klaus Peter zit. nach Girgert 2011). Die Gründe für die räumliche Konzentration werden nicht alleine mit dem Wandel des Arbeitsmarktes, durch den die Chancen für Geringqualifizierte auf Erwerbsarbeit mit einem angemessenen Einkommen sich stark reduzierten, angegeben. „Hinzu kommen 20 Jahre neoliberale Stadtentwicklungspolitik, in denen jene wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften weitgehend zerschlagen worden sind, die in Nachkriegsjahrzehnten in Deutschland wie in den meisten Ländern Europas dafür sorgten, dass nicht mehr allein das Einkommen über die Chancen auf dem Wohnungsmarkt entscheiden sollte“ (ebd.). Durch den öffentlichen Wohnungsbau, der flexible Bemessungsgrenzen vorsah, konnten Bewohner mit unterschiedlichen Einkommen in ihren Wohnungen bleiben, wodurch Quartiere mit stabilen sozialen Mischungen im Sinne einer Mittelstandsgesellschaft entstanden (Girgert 2011, 34.). Häußermann et al. sehen in dieser Konzentration benachteiligter Gruppen in bestimmten Quartieren eine sozialräumliche Spaltung und Fragmentierung der Städte (Häußermann et al. 2008, 19ff und 182). Als ursächlich für die Entstehung dieser Quartiere gelten zwei Prozesse (ebd., 197ff):

1. In den ehemaligen Wohngebieten der Arbeiter wohnen seit den 60er Jahren überwiegend Migranten, die die Einfach Tätigkeiten in der Industrie von den einheimischen Arbeitern übernommen haben. Die durch die Deindustrialisierung verursachte Arbeitslosigkeit machte aus „Arbeitervierteln (...) gleichsam Arbeitslosenviertel“ (Häußermann et al. 2008, 198). In diesen Quartieren betrug die Arbeitslosenquote in den 80er und 90er Jahren 20% bis 40%. Der Effekt für den Stadtteil ist ein Abrutsch auf der Sozialskala, die Häußermann et al. „Fahrstuhl-effekt“ nennen (ebd., 198).

2. „Selektive Mobilität“ nennen Häußermann et al. (ebd., 199) den Prozess der sozialen Entmischung durch Abwanderung der Mittelschicht. Sie erfolgt aufgrund der Überforderung an Toleranz und an Integrationskraft der Bewohner. Verminderte Kaufkraft, ein hieraus qualitativ niedriges Angebot und der Leerstand von Läden kann zu Fremdheitsgefühlen und dem Eindruck des sozialen Abstiegs führen. So orientieren sich die Bewohner der Mittelschicht an ethnisch und sozial homogenen Stadtvierteln mit gutem Image. Hierdurch kommt es in den Quartieren zur Konzentration von sozialen Problemen, Armut und Arbeitslosigkeit mit einem steigenden Konfliktpotenzial. Verschärft wird dieser Prozess auch dadurch, dass Bildung und berufliche Bildung eine immer größere Rolle spielen. Einheimische und zugewanderte mittelschichtorientierte Eltern sehen in Quartieren mit einem hohen Migrantenteile Nachteile für ihre Kinder und reagieren hierauf mit Wegzug. Somit können ethnische und soziale Ausgrenzungsprozesse nicht nur im Stadtteil, sondern auch an den Schulen entstehen.

Laut Häußermann et al. (ebd., 18) begünstigen neben dem „Fahrstuhleffekt“ und der „selektiven Mobilität“ rückläufige Einwohnerzahlen die „Entmischungsprozesse“ (ebd., 197). „Bei rückläufigen Einwohnerzahlen können sich die Wohnungsmärkte so entspannen, das für Mittelschichtshaushalte breite Wahlmöglichkeiten entstehen, die nicht nur Preis und Qualität der Wohnung umfassen, sondern auch das soziale Umfeld: Man kann sich die Nachbarschaft nun aussuchen. Dieser Argumentation folgt auch Aehnelt (2011, 78). Er führt die „Entmischungstendenzen (...) vor allem auf die gesteigerten Optionen der einkommensstärkeren Haushalte bei der Wohnstandortwahl auf entspannten Wohnungsmärkten zurück“.

Ein weiterer Aspekt, der zur Konzentration und Entmischung von Bevölkerungsgruppen in Stadtteilen führt, bildet die Stadtentwicklungspolitik. Seit den 80er Jahren zieht sich der Staat aus dem sozialen Wohnungsbau zurück und die Wohnungsversorgung bleibt dem Markt überlassen, wodurch den Kommunen zunehmend Steuerungsmöglichkeiten fehlen (Häußermann et al. 2008, 197f). „Gleichzeitig haben auslaufende Sozialbindungen und die politisch forcierte Privatisierung zu einem drastischen Schwund der öffentlichen Wohnungsbestände geführt“ (Girgert 2011, 34). 1980 umfasste der Bestand an Sozialwohnungen vier Millionen gegenüber aktuellen Zahlen mit knapp anderthalb Millionen (2011, 78). Die heute noch existierenden Sozialwohnungen sind an den Rändern der Großstädte angesiedelt. In den Innenstadtbereichen werden Wohnungen aufgekauft und durch bauliche Investitionen aufgewertet. Durch diese Gentrifizierungsprozesse werden ärmere Bewohner, die sich dort keine Wohnung mehr leisten können, in die Randgebiete der Städte gedrängt. Die aufgewerteten Stadtteile werden von gut ausgebildeten und verdienenden Menschen mit modernen Lebensentwürfen als Arbeits- und Wohnort genutzt (Girgert 2011, 34 und Keller/Ruhne 2011, 17f). Die Aufwertung von Orten erfolgt der These Floridas

(2005, 35) folgend durch eine neue „Klasse der Kreativen“ (in Häußermann et al. 2008, 190f). Sie ziehen in „kreative Zentren“, die zu den „Gewinnern der ökonomischen Entwicklung“ zählen (Häußermann et al. 2008, 191).

Auch Friedrichs und Triemer (2009) untersuchten Segregationsprozesse in deutschen Kommunen und unterscheiden hierbei zwischen ethnischer und sozialer Segregation. Im Zentrum der sozialen Segregation stehen die Einkommenspolarisierungen und Armut. Der Sozialhilfebezug ist in ihren Untersuchungen der zentrale Indikator sozialer Segregation (ebd., 10). „Ein Bindeglied auf der Mikroebene ist die niedrige Qualifikation beider Personengruppen...“. Als das bedeutsamste Ergebnis dieser Untersuchung gilt die Erkenntnis, dass die Städte von unterschiedlichen Entwicklungen betroffen sind. Ein weiteres Ergebnis ist die Bestätigung der Annahme der Korrelation zwischen der sozialen und ethnischen Segregation. Die Begründung hierfür liegt in Dauerarbeitslosigkeit, die als die bedeutendste Ursache hinsichtlich des Sozialhilfebezugs genannt wird. Da Zuwanderer häufiger als Deutsche von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind sie auch häufiger auf Sozialhilfe angewiesen. Friedrichs und Triemer sprechen von einem Zirkel, bei dem niedrige schulische Qualifikationen zu niedrigen beruflichen Qualifikationen führen und diese wiederum zu einem erhöhten Risiko arbeitslos zu werden (ebd., 109). Parallel zu diesem erhöhten Risiko wohnen sie häufig in Quartieren, in denen der Anteil deutscher Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger hoch ist. Hierdurch ist die hohe Korrelation von Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeempfängern und Migranten zu erklären (ebd.).

Bei Betrachtung der Wanderungssaldi identifizieren Friedrichs und Triemer einen hohen Saldo von deutschen Haushalten in Wohngebiete mit einem hohen Migrantenanteil. Sie stellten fest, dass die soziale und ethnische Segregation höher ist, je geringer die Fortzüge von deutschen Haushalten sind. Ist der Anteil der Wegzüge Deutscher und Zuwanderer hoch, wird auch ein hoher Anteil an sozialer Segregation festgestellt (ebd., 115ff). Zu erklären sind diese Ergebnisse mit einem steigenden Anteil an Armen insgesamt und somit auch armen Deutschen. Fortzüge sind nur mit einem gewissen ökonomischen und „sozialen Status“ möglich. Demnach könnte hieraus geschlossen werden, dass ein Teil der deutschen Haushalte in bestimmten Quartieren so arm ist, dass sie in ihren Quartieren bleiben müssen. Dies zeigt sich in den geringen Wanderungssaldi der Deutschen. Verfügen Haushalte über einen gewissen Status, ziehen sie weg, Deutsche wie Zugewanderte. Friedrichs und Triemer kommen zu der Schlussfolgerung: „Somit sind die Städte eher sozial als ethnisch gespalten“ (ebd., 117) und Hanesch ergänzt: „...die Verarmung in prekären Wohngebieten (ist) vor allem auf eine zunehmende Verarmung der hier lebenden Bevölkerung zurückzuführen ...“ (Hanesch 2011, 36).

Eine einheitliche Bezeichnung für den neuen städtischen Entwicklungstyp ist noch nicht entwickelt worden (Keim/Neef 2000, 1). Genannt werden sie „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Problemviertel, Armutsghettos,

Stadtteile mit Entwicklungspriorität (...) *quartiers sensibles*“ (ebd.). In der Vergangenheit wurden solch konfliktbeladene Stadtteile als „soziale Brennpunkte“ bezeichnet. Diese Terminologie impliziert punktuelle Probleme, die kurzfristig zu „löschen“ (Häußermann 2000, 5) seien. Da es sich aber aktuell um strukturelle Prozesse der Ausgrenzung handelt, die nicht kurzfristig zu lösen sind, sollte diese Begrifflichkeit vermieden werden (ebd.).

Ausgrenzungsprozesse in den entmischten Quartieren umfassen ökonomische, institutionelle, kulturelle und soziale Strukturen. Die ökonomischen Strukturen betreffen den mangelnden Zugang zum Arbeitsmarkt. Hinsichtlich der institutionellen Ausgrenzung handelt es sich um mangelnde Zugänge zu politischen und sozialstaatlichen Institutionen. Unter kultureller Ausgrenzung sind Prozesse zu verstehen, bei denen die Stigmatisierungen zu Selbstwertproblemen und zu Veränderungen moralischer Einstellung führen. Prozesse der Isolation und mangelnder Zugang zur Gesellschaft sind hier mit sozialer Ausgrenzung gemeint. Von diesen Segregationsprozessen sind Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark bedroht. Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Migranten unterliegen diesem Risiko in besonderem Maße (ebd., 2f). Es ist davon auszugehen, dass auch Behinderte von diesen Ausgrenzungsprozessen besonders betroffen sind, da ihnen berufsrelevante Zugänge erschwert sind. Die Betroffenheit Alleinerziehender erklärt sich hinsichtlich Einschränkung auf dem Arbeitsmarkt, durch Diskriminierung als Alleinerziehende, mangelnde Kinderbetreuung und Teilzeitarbeit sowie durch Verringerung der Auffangmöglichkeiten durch informelle Netze. Die Bedrohung der Ausgrenzung der Migranten besteht aufgrund ökonomischer, sozialer und rechtlicher Benachteiligungen (ebd., 3). Zusätzlich zu diesen Homogenisierungs- und Polarisierungsprozessen in den Quartieren besteht die Gefahr von Kontexteffekten; selbstwirkend können weitere Effekte der Entmischung zu sozialer Ausgrenzung führen, wenn das Quartier selbst zu exkludierenden Wirkungen und Benachteiligungen führt (Häußermann 2000, 11 und Häußermann et al. 2008, 200f). Beispiele solcher Wirkungen sind:

- Stigmatisierungen der Bewohner und des Quartiers durch negatives Image. Dies kann die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner einschränken, wenn z.B. die Nennung der Adresse bei Ausbildungsplatzsuche zu Nachteilen führt oder auch zu negativen Selbstwertgefühlen. Hier wird die Stigmatisierung zur symbolischen Gewalt (Häußermann 2000, 12 und 14; 2006, 4).
- der Mangel an Erfahrungsräumen zum Erlernen von Kulturtechniken sowie die Entstehung einer abweichenden Kultur. Dieser Anpassungsprozess an die bestehenden Umstände im Quartier führen zum Erwerb von Fähigkeiten, die auch Ressourcen bilden können, zugleich aber auch, wenn die Bewohner nicht flexibel ihr Verhalten an die jeweilige Situation anpassen können, zu Verhaltensweisen, die die Normalgesellschaft als abweichend definiert.

- die physisch-materielle Ausstattung in Form von der Qualität des Wohnortes, Erreichbarkeit und institutionelle Ausstattung von privaten und öffentlichen Dienstleistungen kann zu Problemen von Beschaffung von Gütern führen, etwa zu weiteren Wegen. Die Eindrücke von Verwahrlosung können zudem auf das Selbstwertgefühl hinsichtlich Resignation und Rückzug wirken (Häußermann 2000, 11 und 14).
- einer Ausdünnung von Informationsnetzen und hierdurch fehlende Zugänge zu Informationen; der Mangel an Ressourcen zur Organisation und Repräsentation im Stadtteil (Häußermann et al. 2008, 201).

Somit besteht die Gefahr, dass Segregation in territorial konzentrierter Form diesen Prozess hervorrufen, katalysieren oder und bestärken kann“ (Häußermann 2000, 3). Die Wohnsituation wird somit ursächlich benachteiligend und ausgrenzend (Häußermann 2000, 3). Die Distanz der Stadt wächst zu den Problemquartieren in dem Maße des Anteils an marginalisierten Haushalten und Personen. Hierdurch kann ein ganzes Quartier zu einem „Ort der Ausgrenzung“ (ebd., 11) werden und zu Kontexteffekten führen, die als „Benachteiligung der Benachteiligten“ (Häußermann 2006, 2) bezeichnet werden können.

2.2.3 Segmentierungen der städtischen Arbeitsmärkte und Herausbildung von Risikogruppen

Im letzten Abschnitt wurde beschrieben, wie soziale, politische und ökonomische Prozesse auf die Homogenisierung von Stadtteilen wirken. Die ökonomischen Prozesse werden als zentral angesehen; sie wirken sowohl segmentierend auf dem Arbeitsmarkt als auch auf die städtischen Sozialstrukturen des Arbeitsmarktes (Läpple/Stohr 2010, 30).

Die zeitliche Verfestigung von Arbeitslosigkeit erfolgte in den letzten Jahrzehnten im Zuge der Transformation von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, die in Folge eine Deindustrialisierung der Städte, einen Abbau industrieller Arbeitsplätze sowie eine räumlichen Konzentration von Erwerbslosen in bestimmten städtischen Quartieren bedeutete. Zugleich bildete sich aber auch eine neue ökonomische Dynamik mit neuen Beschäftigungsmöglichkeiten heraus (ebd., 27), von der allerdings nicht alle Städte gleichermaßen profitieren. Die Ursache dieser Entwicklungen wird auch „als Krise des Fordismus und Herausbildung ‚postfordistischer‘ Strukturen diskutiert“ (Läpple et al. 2010, 9).

Die Produktionsformen des Fordismus bestimmten die Arbeitszeiten und die Alltagsorganisationen der Beschäftigten und ihrer Familien. Das Leitbild waren sogenannte Normalarbeitsverhältnisse, die besagten, das es sich um eine unbefristete Vollzeitstelle handelte. Der Produktions- sowie der Reproduktions-

bereich waren klar getrennt. Dieses Modell basiert auf Rollenverteilungen der Geschlechter, bei der dem Mann der Produktions- bzw. Erwerbsbereich und der Frau der Reproduktionsbereich zugewiesen wird, und somit auf einem normierten Familienmodell (Läpple 2010, 12). Das Stadtgefüge war charakterisiert durch funktionale Trennungen und Zonierungen zwischen Arbeits- und Wohnort⁸ (Läpple et al. 2010, 11).

Als sehr bedeutsame Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind der Anstieg der Erwerbsorientierung von Frauen seit Ende der sechziger Jahre sowie die steigenden Qualifikationsanforderungen auf den städtischen Arbeitsmärkten, vor allem im Bereich der wissen- und kulturbasierten Dienstleistungen einzuordnen (Häußermann et al. 2008, 176 und Läpple/Stohr 2010, 28). Dies führte zu strukturellen Veränderungen und neuen Herausforderungen an die Arbeitswelt, die neue Arbeitsstrukturen, neue Alltags- bzw. Lebenswelten sowie Gewinner und Verlierer auf dem Arbeitsmarkt hervorbrachten (Läpple et al. 2010, 13, Häußermann et al. 2008, 177). Die postfordistische Arbeitswelt erfordert zeitlich und örtlich flexible Arbeitskräfte mit Arbeitsinhalten, die die ganze Persönlichkeit betreffen (Läpple et al. 2010, 12f), wodurch diese neuen Arbeitsformen auch die Lebenswelten durchdringen und den Alltag prägen. „Mit der Erosion der räumlichen, zeitlichen, sachlichen und inhaltlichen Grenzen von Unternehmen und der ‚Entgrenzung‘ des Einsatzes und der Nutzung der Arbeitskraft werden auch die tradierten Grenzen zwischen Arbeitswelt und Lebenswelt – oder genauer – zwischen betrieblich verfasster Erwerbsarbeit und dem Privatleben in Frage gestellt“ (ebd., 14). Die Entgrenzungsprozesse bergen Chancen und Gefahren (Läpple et al. 2010, 11). An Stelle vorgegebener Strukturen müssen Individuen ihren Lebensalltag selbst gestalten und organisieren (Läpple 2010, 15). Dies führt zu „sozial hochgradig selektive(n) Prozess(en...), da Menschen, je nach ihren Verfügungsmöglichkeiten, über qualifikatorische, soziale und materielle Ressourcen, sich in ganz unterschiedlicher Weise diesen eigenständigen Koordinierungs- und Synchronisierungsaufgaben stellen können“ (Läpple et al. 2010, 16).

Der Wandel auf dem Arbeitsmarkt führt nicht zu einem einheitlichen Typus von Arbeitsverhältnis und Lebenswelt, sondern zu Segmentierungen der städtischen Arbeitsmärkte mit vier zu unterteilenden Segmenten: In dem Segment wissen- und kulturbasierten Dienstleistungen sind die Gewinner des Strukturwandels zu finden, die Hochqualifizierten; im zweiten Segment sind die „Reste“ des Fordismus, die Normalarbeitsverhältnisse, platziert als drittes Segment nen-

8 Die Unterteilung von Städten in vier Funktionszonen war bereits durch Le Corbusiers in der „Charta von Athen“ 1933 verbreitet worden. Es handelte sich um ein „umstrittenes“ städtebauliches Programm, das auch vom Fordismus beeinflusst war (Hilpert 1978, 9 und 39) und teilweise als Leitbild für den Städtebau deklariert wurde (Hilpert 1978, 9).

nen sie die Risikogruppe gering Qualifizierter, die dauerhaft oder phasenweise in Beschäftigung sind, aber mit ständig steigendem Qualifikationsdruck der Entwicklung kaum folgen können; das vierte Segment bilden die Ausgegrenzten mit geringer schulischer und beruflicher Qualifikation sowie aus Bereichen mit nur geringen Chance auf Reintegration in den Arbeitsmarkt (Läpple/Stohr 2010, 30f). Die Gruppe der Betroffenen in Westdeutschland setzt sich überproportional aus älteren Männern und bildungsarmen Jugendlichen zusammen (Häußermann et al. 2008, 178). Bei den älteren Männern handelt es sich vor allem um Niedrigqualifizierte oder aus traditionellen Bereichen stammende. Die Gruppe der Jugendlichen setzt sich aus gering qualifizierten Arbeitsmigranten der ersten und zweiten Generation zusammen. Sie haben kaum Chancen auf Integration in den Arbeitsmarkt. Ewa ein Viertel der „nachwachsenden Generationen“ (ebd., 179) verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss, der eine zentrale Bedeutung für den Zugang zum Arbeitsmarkt bildet.

Bis in die 70er Jahre war das Thema „Arbeitslosigkeit“ für Zuwanderer nicht relevant (ebd., 317) – im Gegenteil: Die deutsche Anwerbepolitik begann mit dem deutsch-italienischen Vertrag 1955 und endete 1973. Von den rund 14 Millionen Arbeitsmigranten kehrten ca. 11 Millionen in ihre Heimatländer zurück (NLPB 2002, 8). Die Gruppe der Zuwanderer ist durch die Dominanz der Dienstleistungstätigkeiten besonders von Arbeitslosigkeit und Niedriglohn betroffen (ebd., 182). „Da sie überproportional häufig in stagnierenden und schrumpfenden Branchen tätig sind, trifft sie auch der ökonomische Strukturwandel stärker“ (ebd., 317) Die Arbeitslosenquote ist bei Zuwanderern heute beinahe doppelt so hoch im Vergleich zu Einheimischen und die geringfügige Beschäftigung ist deutlich schneller angestiegen. Die Selbständigkeit ist häufiger als bei Einheimischen eine Reaktion auf Erwerbslosigkeit und Diskriminierung (ebd., 316). Sie besetzen oftmals untere Positionen auf dem Erwerbsmarkt und verdienen weniger als Deutsche. 40% aller Zugewanderten ohne deutschen Pass verfügen über keine Berufsausbildung, bei den deutschen sind es im Vergleich 10,4% (ebd., 318).

Dass sich die Entwicklung der sozialen Ungleichheit bei Beschäftigten fortsetzt, zeigen auch aktuelle Daten hinsichtlich Einkommensunterschieden. Nach Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind die unteren Einkommen in Deutschland besonders stark gesunken. „Der Lohn eines Geringverdieners ist demnach heute nur noch halb so hoch wie der Lohn eines Beschäftigten mit mittlerem Einkommen (Roth 2012, 13). Im internationalen Vergleich schneiden nur die USA und Südkorea noch schlechter ab. Die Realeinkommen sind zwischen 2003 und 2006 zurückgegangen, die Mittelschicht schrumpft, die Zahl der Empfänger von laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt ist seit 1980 von 851.000 auf 2.910.000 Ende 2004 gestiegen (Friedrichs 2011, 49).

2.2.4 Ressourcen in „entmischten“ Quartieren

Das Quartier hat für Bewohner in entmischten Wohngebieten eine hohe Bedeutung, insbesondere wenn sie durch Erwerbslosigkeit ausgegrenzt sind. „Für die Bewohner stellt der Stadtteil bzw. das unmittelbare Umfeld des Wohnhauses den Lebensmittelpunkt dar (...) Daraus entsteht eine Situation, in der das Quartier als Quartier eine wichtige Ressource ist, die über die Lebenschancen mitentscheidet“ (Häußermann 2006, 7). Das Vorhandensein von sozialen und materiellen Gütern ist in diesen Stadtteilen notwendiger als in Stadtteilen, in denen private Ressourcen in größerem Umfang vorhanden sind oder sich die Bewohner in andere Stadtteile orientieren (ebd.). Durch die Homogenisierungsprozesse in Stadtteilen mit dem Abzug sozialer und kultureller Kompetenzen verfügen die entmischten Stadtteile jedoch über geringeres soziales und kulturelles Kapital⁹ und verminderter Heterogenität (Häußermann et al. 2008, 197). Dies äußert sich auch in Netzwerken der Quartiersbewohner. Sozial homogene und „eng geknüpfte soziale Netze...sind weniger nützlich als lose geknüpfte, heterogene Netzwerke“ (Häußermann 2006, 3), so dass soziales Kapital in marginalisierten Quartieren geringer ausfällt als in privilegierten Stadtteilen (ebd., 7).

Keim und Neef (2000, 2) untersuchten in einem „Problemquartier“ in einer westdeutschen Großstadt das Potenzial der Bewohner zur Erschließung von Ressourcen. Hierbei gehen sie nicht von einem defizitären Ansatz bezogen auf die Bewohnerschaft aus, sondern begreifen sie als unterschiedlich handelnde Akteure. Das Quartier bezeichnen sie als eine bedeutende Ressource der Bewohner für ihre Lebensbewältigung. Hiermit sind vor allem Sozialbeziehungen gemeint. Sozialbeziehungen haben eine große Bedeutung bei der Erhaltung von Aktivitäten und informellen Tätigkeiten, bei der Vermittlung emotionaler Unterstützung, der Erhaltung von Selbstachtung sowie der materiellen Unterstützung (ebd., 9 und 13). Für die Untersuchung wurden sie in drei Bereiche gruppiert: 1. die Verwandtschaftsnetze und Freundeskreise, 2. Aktivitäten in Vereinen, Glaubensgemeinschaften sowie regelmäßigen Treffpunkten und 3. nachbarschaftliche Beziehungen (ebd., 10f). Es fallen vor allem ethnische Differenzierungen auf: Familienbeziehungen werden als zentral dargestellt. Hinsichtlich der Vereinszugehörigkeit haben sich vor allem türkische Vereine und Gruppen etabliert. Die Moscheen spielen eine bedeutende Rolle für die sozialen Netze der türkischen Bevölkerung. Deutsche und südeuropäische Bewohner sind im Sport- und Freizeitbereich außerhalb des Quartiers aktiv, wobei gegenseitiges Helfen hierbei keine Rolle spielt. Deutsche Rentner sind ebenfalls in Vereinen organisiert und

9 Die Terminologie der drei Kapitaldimensionen ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital werden in Anlehnung an Bourdieu verwendet im Kapitel 3.1 erläutert.

wirken hierdurch sozialer Isolation entgegen. Vereinsaktivitäten sind unter der armen Bewohnerschaft zwar gewünscht, aber aufgrund finanzieller Belastungen selten. Mit der vermehrten Zuwanderung wurde seit den 80er Jahren eine Verschlechterung der Nachbarschaftsbeziehungen von Deutschen und Südeuropäern festgestellt (ebd., 11f). Ein Großteil der italienischen Bewohner fühlt sich isoliert und will den Stadtteil verlassen. Dagegen ist für einen Teil der deutschen Armutshaushalte der Nachbarschaftskontakt zentral. Die türkische Bewohnerschaft gibt nur geringe Nachbarschaftskontakte an.

Auch die sozialen Lagen und deren Wirkungen auf die drei entwickelten Gruppierungen der Sozialbeziehungen wurden in dieser Untersuchung betrachtet (ebd., 13f). Haushalte in prekären Verhältnissen erschließen sich aktiv vielfältige Ressourcen in und um ihr Quartier. Hierzu gehören prekäre Erwerbsarbeiten, Sozialleistungen, informelle Arbeit und Sozialbeziehungen. Unter „gefangenen Prekären“ wird die Gruppe, die ihre Aktivitäten auf das Quartier beschränkt, verstanden. Ihr Verhalten unterscheidet sich von der „Normalgesellschaft“, wodurch sie Probleme bei Wohnungs- oder Arbeitssuche bekommen. In der Stadt fühlen sie sich fremd, das Quartier erleben sie als positiv bis neutral. Zu dieser Bewohnerschaft gehören ein Großteil von Türken und nur eine geringe Anzahl von Deutschen und Südeuropäern. In der dritten Gruppe, den Marginalisierten, finden sich überwiegend deutsche und wahrscheinlich südeuropäische Haushalte. Ihre Sozialbeziehungen sind auf gleichgesinnte Menschen beschränkt, ihr Selbstwertgefühl aufgrund ihrer Notlage und ihrer Möglichkeit zur Nutzung von Ressourcen gering (Keim/Neef 2000, 13f). Der Einstieg in die Mehrheitsgesellschaft ist unwahrscheinlich, ihre Einstellung zum Quartier negativ. Die vierte Gruppe der sozial Gesicherteren und Stabilen muss differenziert betrachtet werden. Innerhalb dieser Gruppe gibt es auch Haushalte mit geringen sozialen Beziehungen. Die deutschen und südeuropäischen Haushalte ebenso wie ein Teil der türkischen orientiert sich nach draußen und lehnen das Quartier ab. Positiv stabilisierende Effekte für das Quartier sind aufgrund dessen von dieser Bewohnerschaft nicht zu erwarten. Ein anderer Teil der Türken tendiert ebenfalls hinaus, verfügt aber über gute Sozialkontakte und ein dritter Teil der „stabilen“ Türken bewertet das Quartier positiv. Diese Bewohnerschaft könnte stabilisierend „wirken wegen ihrer Arbeitsmoral, ihren rigiden Ordnungsvorstellungen und der engen sozialen Kontrolle“ (ebd., 14). Allerdings wird die türkische Bewohnerschaft oftmals als ausgrenzend erlebt, wodurch sich andere Zuwanderer an den Rand gedrängt fühlen. Nach Keim und Neef sind stabilisierende Wirkungen nur für die eigene Gruppe zu erwarten (ebd., 1 und 14). Möglicherweise hängt die Stabilisierung von der Anzahl der Bewohnerschaft im Stadtteil ab. Sind sie deutlich überpräsentiert, können sie stabilisierend wirken.

Weitere Ressourcen sind zu erkennen indem die Bewohnerschaft „...formelle und informelle Erwerbsmöglichkeiten mit Sozialleistungen und institutionellen

Hilfen sowie mit gegenseitigem Tausch von Hilfen (kombinieren), eingebettet in recht enge Sozialbeziehungen“ (ebd., 17). Auch die „Eigenarbeit, die in Moscheen und Cafés vermittelten gegenseitigen Hilfen (...) (sowie) die Beziehung zwischen den verschiedenen Teilgruppen der ‚Türken-Community‘“ (ebd.) sind weitere nicht zu unterschätzende Ressourcen.

Hinzuweisen ist an dieser Stelle zudem auf den in Kapitel 2.1.3.5 erörterten und von Boos-Nünning/Granato (2008, 67ff) analysierten Zusammenhang zwischen Beziehungsnetzwerken als einen bedeutenden Teil des sozialen Kapitals und beruflichen Einmündungschancen. Es wird davon ausgegangen, dass soziale Netzwerke ein betriebliches Rekrutierungsmerkmal indizieren.

Deutlich wird, dass ein Großteil der Bewohner in den entmischten Quartieren über Möglichkeiten zur Erschließung von Ressourcen verfügen, sie aber dennoch von den Ressourcen der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen sind (Häußermann 2006, 3). „Wenn daher ein Haushalt aufgrund von Einkommensverlusten seinen Wohnstandort wechseln und in ein ‚benachteiligtes‘ Quartier ziehen muss, sinken seine Chancen für eine Selbstbehauptung, denn er kennt dann nur noch Leute, die ähnliche Probleme wie er selbst haben... Das soziale Handeln ist auf ein benachteiligtes Milieu beschränkt“ (Häußermann 2000, 13).

2.2.5 *Resümee: Bildungschancen in „entmischten Stadtteilen“*

Städte können Wirkungen entfalten, die Ausgrenzungsprozesse und Segregation fördern und die Lebens- und Bildungschancen von ihren Bewohnern beeinflussen. Ökonomische, politische und urbane Prozesse begünstigen insbesondere die Entmischung von Quartieren in Städten, die in ihrem Ergebnis zu homogenen Bevölkerungsstrukturen führen. Durch diese Polarisierungsprozesse entstehen Stadtteile mit einer hohen Konzentration an benachteiligten Gruppen mit geringen Bildungschancen, geringen oder gar keinem Einkommen sowie sozialen Problemlagen. Auch ökonomische Prozesse des Arbeitsmarktes wirken segmentierend auf städtische Sozialstrukturen. Als besonders betroffen von Ausgrenzungsprozessen sind ältere Männer, die in traditionellen Bereichen arbeiten oder niedrig qualifiziert sind sowie junge gering qualifizierte Männer, insbesondere der ersten und zweiten Zuwanderungsgeneration der Arbeitsmigranten.

Die Problemquartiere weisen sowohl hinsichtlich ihrer physisch-materiellen Ausstattung als auch hinsichtlich ihrer sozialen und kulturellen Ressourcen geringeres Kapital auf: auf der physisch-materiellen Seite mangelnde Erreichbarkeit und Zugänge zum Arbeitsmarkt, zu politischen, kulturellen und sozialen Institutionen sowie zu erstrebenswerten Gütern; hinsichtlich der sozialen und kulturellen Ressourcen handelt es sich vor allem um mangelnde Zugänge zu Informationen und Ressourcen der Mehrheitsgesellschaft sowie über die eigene

Gruppe hinausreichende Netzwerke. Der Wohnort wirkt somit ursächlich benachteiligend. Zusätzlich können diese raumbezogenen Benachteiligungen Kontexteffekte entfalten, die die Benachteiligung verstärken. Hierzu gehören Stigmatisierungen, mangelnde Erfahrungsräume, das Erlernen von Kulturtechniken, die Erweiterung von ressourcenbildenden Fähigkeiten und ein niedriges Selbstwertgefühl. Zwischen den urbanen Effekten und Bildungspositionen lassen sich Zusammenhänge herstellen. Die urbanen Effekte können Wirkungen auf Bildungsprozesse entfalten durch

- die Quantität und Qualität der vorhandenen Bildungseinrichtungen und -angebote
- die Lernumgebungen im Hinblick auf informelle Bildungsprozesse
- die (Bildungs-) Kultur im Stadtteil
- die Qualität des Selbstwertgefühls und hierdurch persönliche Bildungsvoraussetzungen
- Stigmatisierungen, die Bewerbungen in Bildungsinstitutionen oder in Betrieben ungünstig beeinflussen können
- die Qualität sozialer Netzwerke, die Verknüpfungen zu bildungs- und berufsrelevanten Instanzen schaffen können.

Folglich beeinflussen urbane Kontexteffekte auch Bildungschancen der städtischen Bewohner.

Es ist davon auszugehen, dass große Teile von Quartiersbewohnern über Möglichkeiten der Erschließung von Ressourcen im Stadtteil verfügen, aber ihr soziales Handeln sich nicht auf die Mehrheitsgesellschaft, sondern auf Beziehungen mit ähnlichen Sozialstrukturen innerhalb des Stadtteils beschränkt. Vor allem für Bewohner mit geringen privaten Ressourcen und solchen, die sich nur geringfügig in andere Stadtteile orientieren, hat die ressourcenbildende Funktion des Stadtteils eine hohe Bedeutung.

Die Kennziffern des Sanierungsgebiets Stöcken (vgl. 1.3.1) weisen darauf hin, dass es sich um ein entmisches homogenisiertes Quartier handelt. Demzufolge hätte es Einfluss auf die Lebens-, Bildungs- und Berufschancen ihrer Bewohner.

Bildungseffekte urbaner Räume

Raum als Differenzkategorie für Bildungserfolge

Tunsch, C.

2015, XXVI, 231 S. 25 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-08532-2